

SPD GRASDORF-LUTTRUM

Ausgabe 2/2013



Foto: Friedrich-Ebert-Stiftung/AdsD - Erich Ollenhauer, Hans Vogel, Otto Wels, Friedrich Stampfer und Siegmund Crummenerl 1933

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 26. Januar fand unsere Jahreshauptversammlung statt. Es hat viel Spaß gemacht und ich freue mich auf die gemeinsamen Aktivitäten in diesem Jahr!

Die nächste gemeinsame Veranstaltung wird unser bereits traditioneller 1.Mai-Spaziergang sein. Die Einladung wird Euch rechtzeitig zugehen. Außerdem werde ich die nächste Ausgabe dieses Rundbriefes diesem Feiertag widmen.

Am 15. Februar 2013 fand die Benefiz-Veranstaltung des SPD-Gemeindeverbandes „Wir kochen. Sie essen.

Zusammen helfen.“ statt. Gast des Abends war Franz Müntefering MdB und früherer Vorsitzender unserer Partei. Im Nachgang zu der Veranstaltung hatte ich ihn um einen Namensbeitrag für diesen Rundbrief zum Thema „150 Jahre SPD“ gebeten. Er ist der Bitte gerne nachgekommen. Den Beitrag findet Ihr in dieser Ausgabe.

Ein weiteres Thema, das auch in dem Artikel von Franz Müntefering angesprochen wird, ist der 80. Jahrestag der Annahme des sog. „Ermächtigungsgesetzes“, mit dem die Weimarer Demokratie am 23. März 1933 endgültig beerdigt wurde. Trotz der Einschüch-

terung durch die Nationalsozialisten haben 94 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gegen das Gesetz gestimmt - unter ihnen auch der Abgeordnete Heinrich Richter, zu dessen Wahlkreis die heutige Gemeinde Holle gehörte.

Wir sollten uns dieses wichtige Datum, die Umstände, das Abstimmungsverhalten und die Rede von Otto Wels, mit der er die Ablehnung durch die Sozialdemokratie begründete, immer wieder in Erinnerung rufen. Die Rede ist ein Manifest an Freiheit, Demokratie und Menschlichkeit.

Euer Sven

Rückblick und Ausblick, Jubilarehrung und Delegiertenwahlen - Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Grasdorf-Luttrum

Am 26. Januar 2013 war es wieder soweit. Der SPD-Ortsverein Grasdorf-Luttrum hatte zu seiner jährlichen Jahreshauptversammlung eingeladen.

In seinem Bericht gab Sven Wieduwilt, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins, einen Rückblick auf die Veranstaltungen des zurückliegenden Jahres. „Wir hatten gemeinsam einen schönen 1. Mai-Spaziergang und das Kinder- und Familienfest war wieder ein großer Erfolg“, so Sven Wieduwilt

Im Hinblick auf das Jubiläumsjahr „150 Jahre SPD“ betonte er die Bedeutung der Mitgliederpartei SPD. Geschichte werde nach wie vor zu häufig aus der Perspektive bekannter Politiker geschrieben. Die SPD lebe aber von dem Engagement ihrer Mitglieder. Deren Engagement trüge mit zum Erfolg der SPD bei. Vor diesem Hintergrund freute sich Sven Wieduwilt, mit Monika Burgdorf, Helga Bode und Burchard Leiss drei Mitglieder für 40jährige Mitgliedschaft ehren zu können. „Vielen Dank für Euer Engagement und Eure Treue zu unserer Partei“, so Wieduwilt. „Ich freue mich auf die weiteren gemeinsamen Aktivitäten.“

Als Gäste nahmen der Landtagsabgeordnete Markus Brinkmann, der Holler Bürgermeister Klaus Huchthausen und Bernd Leifholz als Vorsitzender des SPD-Gemeindeverbandes Holle an der Versammlung teil.



Markus Brinkmann, der bei der Landtagswahl am 20. Januar 2013 den Wahlkreis 22 direkt gewonnen hatte, gab in seiner Rede einen Rückblick auf den Wahlkampf, die Situation im Wahlkreis 22 und informierte über die weitere Entwicklung auf Landesebene. Er wies darauf hin, dass in den kommenden zwei Wochen der Koalitionsvertrag verhandelt werde und das am 16. Februar 2013 Landesparteitage von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hierüber entscheiden sollen. Markus Brinkmann betonte, dass die Ein-Stimmen-Mehrheit eine Herausforderung darstelle. „Damit hat

die niedersächsische Politik aber Erfahrung“, fügte er hinzu. Zum Abschluss unterstrich er den Ausgang der Landtagswahl im Wahlkreis 22. Von den anderen Parteien sei keinem Kandidaten aus dem Wahlkreis der Einzug in den Landtag gelungen, so Brinkmann.

„Die Gemeinde Holle ist gut aufgestellt“, so das Fazit von Klaus Huchthausen in seinem Bericht. Dabei ging er auf die aktuellen Entwicklungen in der Gemeinde ein. Themen waren Energie und Umwelt, die Attraktivität der Gemeinde für Familien und die Entwicklung des Gewerbegebietes. Im Hinblick auf aktuelle Debatten in der europäischen Gesetzgebung mahnte er die Bedeutung der kommunalen Daseinsvorsorge an. „Die Wasserversorgung muss in kommunaler Hand bleiben“, so Klaus Huchthausen.

Der traditionelle Bericht aus den Orten von Ortsvorsteherin Karin Wieduwilt für Luttrum und Ortsbürgermeister Hans-Adolf Knopp für Grasdorf zeichnete das Bild von lebendigen und aktiven Dorfgemeinschaften. In Luttrum stehen viele Veranstaltungen zum 800-jährigen Jubiläum im Mittelpunkt des Jahres 2013. In Grasdorf gibt es neben den wiederkehrenden Feiern als erste Feier das Maibaumaufstellen zum 1.

Mai und als Höhepunkt das 45-jährige Jubiläum der Jugendfeuerwehr.

Bernd Leifholz berichtete über die Aktivitäten des SPD-Gemeindeverbandes. Er hob insbesondere das Brennetrogrennen hervor, das 2012 wieder ein voller Erfolg war und dieses Jahr am 23. Juni stattfinden wird. In seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Hildesheim informierte er über das Verfahren bei der Findung eines Kandidaten bzw. Kandidatin für die Bundestagswahl. Er wies darauf hin, dass die Wahl des Kandidaten bei der Wahlkreis-konferenz am 16. März erfolgt.



Personalentscheidungen der Jahreshauptversammlung

Wahlkreisdelegiertenkonferenz und UnterbezirksvertreterInnenversammlung am 16. März 2013

Wahl von Delegierten und

Ersatzdelegierten

Doris Bremermann

Wilhelm Burgdorf

Sven Wieduwilt

Hans-Adolf Knopp

Nominierungen

Delegierte BezirksvertreterInnenversammlung & LandesvertreterInnenversammlung

Doris Bremermann

Sven Wieduwilt

Delegierte Bezirksparteitag & Landesparteitag

Doris Bremermann

Karin Wieduwilt

Sven Wieduwilt

Beisitzer SPD-Unterbezirksvorstand

Sven Wieduwilt

„Wir halten fest an der Idee der Demokratie und des Sozialen...“

Von Franz Müntefering MdB, früherer Vorsitzender der SPD, Vize-Kanzler a.D.

Am 23. Mai 1863 gründete sich in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV). Dies gilt als die Geburtsstunde der organisierten Sozialdemokratie in Deutschland.

In diesem Jahr 2013 feiern wir deutsche Sozialdemokraten/innen deshalb dieses Ereignis und die Erfolge unserer Politik in diesen 150 Jahren. Einige Persönlichkeiten und Ereignisse, die diese 150 Jahre mitgeprägt haben, will ich hier kurz ansprechen. Die Auswahl ist subjektiv, aber hoffentlich aufschlussreich und interessant.

Viel ist erreicht.

Wir sehen auch die Irrungen und Fehler, die uns als SPD in diesen 150 Jahren unterlaufen sind; wir betrachten sie als zusätzlichen Ansporn für die Zukunft unserer Arbeit. Und die Herausforderungen an die Politik sind groß, in Deutschland und international.

Viel bleibt zu tun.

Wir halten fest an der Idee der Demokratie und

des Sozialen und orientieren uns an den zeitlos gültigen Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Alle Frauen und Männer, die zu dieser Idee stehen und die mitwirken wollen bei der Aufgabe, den Menschen in unserem Land und darüber hinaus ein Leben in Wohlstand und Sicherheit, in Selbstbestimmung und Gemeinschaft zu ermöglichen, laden wir ein. Sie sind in der SPD willkommen.

Wir können und wollen gemeinsam was bewegen.

Auf das Miteinander kommt es an:

1863 begann die organisierte Sozialdemokratie in Leipzig, sie war auf Preußen ausgerichtet. 1869, als in Eisenach Liebknecht und Bebel (er gerade 29 Jahre alt) die Sozialdemokratische Arbeiterpartei gründeten, meinten sie schon alle deutschen Lande, die sich dann 1871 zu Deutschland zusammenfanden. 1875 kam es zum Einigungskongress in Gotha.

Von Anfang an war die Demokratie die dominierende Grundidee dieser Gründungen. Deshalb auch die Forderung der Sozialdemokraten nach gleichen, freien, geheimen und direkten Wahlen und die Angst der Herrschenden davor.

Bevor es Wirklichkeit wurde mit den demokratischen Wahlen – 19.1.1919 –, hatte die SPD die Unterdrückung in der Zeit der Sozialistengesetze (1878-1890) zu bestehen und musste tausend kleine Schritte gehen, Streit aushalten und Spaltung, ehe sie 1918 – als der Kaiser ging und die Demokratie eine Chance bekam – das Wahlrecht beschloss und am 19.1.1919 die erste solche Wahl in Deutschland zustande kam, – für Männer und für Frauen, die an dem Tag überhaupt zum ersten mal in Deutschland gleichberechtigt wählen konnten.

Am 19.2.1919 sprach dann Marie Juchacz, SPD, als erste Frau in einer deutschen Nationalversammlung. Für das Wahlrecht der Frauen bedankte sie sich nicht artig, sondern stellte klar: Das ist demokratische Selbstverständlichkeit. Im Dezember des Jahres 1919 initiierte Marie Juchacz im Parteivorstand der SPD die Gründung der Arbeiter-

wohlfahrt.

Die Weimarer Verfassung war keine revolutionäre, sozialistische, sondern eine auf der Grundlage parlamentarischer Demokratie. Aber es gab in diesem Land in dieser Zeit zu wenige Demokraten. Die zweite Regierung Hermann Müller (SPD) Ende der zwanziger Jahre scheiterte an einer Bagatelle. Hindenburg, seit dem frühen Tod von Friedrich Ebert 1925 Reichspräsident, tolerierte und förderte schließlich über Heinrich Brüning, von Papen und von Schleicher den Weg zur Regierung Hitler. Der kam – nie vergessen! – legal an die Macht, – gewählt! Mit dem Ermächtigungsgesetz wurde am 23.3.1933 die Demokratie beerdigt, nur die Fraktion der SPD – die KPD war schon verboten und verjagt – stimmte im Reichstag dagegen. Otto Wels, Vorsitzender der SPD-Fraktion, ließ sich auch von Drohungen und Beschimpfungen nicht abhalten. „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht“. Ein stolzes Stück sozialdemokratischer und deutscher Geschichte.

Nach Krieg und Mord und Totschlag, die vom nationalsozialistischen Deutschland ausgingen, trafen sich genau am 8. Mai 1946 Sozialdemokratinnen und Sozi-



aldemokraten in Hannover zur Wiederbegründung, solche, die in Deutschland und in anderen Ländern der Welt überlebt hatten, solche, die nach dieser politischen Katastrophe in der Sozialdemokratie die große Hoffnung und dazustießen. Kurt Schumacher wurde Parteivorsitzender, im 1. Weltkrieg schwer verletzt, Jahre in Nazi-Zuchthäusern eingekerkert, aber ein unbeugsamer Kämpfer für Demokratie.

Den Konservativen gelang mit der Gründung der CDU/CSU ein raffinierter Schachzug, denn unter diesem neuen Namen konnten sich Anhänger des Zentrums, der Deutschnationalen und der Liberalen Parteien zusammenfinden, ohne noch täglich an die Steigbügelhalter-Rolle ihrer alten Parteien erinnert zu sein. Dass die Trennung der Welt in Ost und West und die Hoffnung von Kurt Schumacher und weiten Teilen der SPD auf Rettung der deutschen Einheit Wasser auf die Mühlen von Adenauers Westorientierung wurden, wurde bald klar. Das wurde noch gefördert und verfestigt durch die Einführung der DM 1948 und die wachsende Chance, dem bitteren Elend und der Not zu entkommen und Wachstum und Wohlstand zu erleben. 1949 wurde denn auch Konrad Adenauer mit einer, seiner Stimme, Mehrheit der 1. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und die 50er Jahre wurden ein bitteres Jahrzehnt für die Sozialdemokratie.

Aber in dieser Zeit entstand auch das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft gesetzt, auf den Tag genau 86 Jahre nach Gründung des ADAV: Artikel 1.1: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Artikel 3:2: Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Artikel 20.1: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Volle Lebenswirklichkeit ist das alles noch nicht. Dieses Grundgesetz bleibt eine Herausforderung auch für uns.

Mit dem Godesberger Programm vom November 1959 und der ersten Kanzlerkandidatur Willy Brandts begann eine neue Zeit. Die SPD wurde Volkspartei und offen für alle Menschen, die sich zu den Grundwerten bekennen und zu den Zielen sozialer Demokratie. Nach drei Kandidaturen und Großer Koalition

wurde Willy Brandt im Oktober 1969 erster sozialdemokratischer Bundeskanzler der Bundesrepublik. Sein großes Versprechen – „Mehr Demokratie wagen“ – und seine Ostpolitik haben Deutschland verändert und wesentlich beigetragen zur Deutschen Einheit und auch international viel in Bewegung gesetzt.

Helmut Schmidt, Bundeskanzler von 1974 bis 1982, hatte große Herausforderungen zu bestehen, -Ölkrise, RAF und das Ende der Aufbauphase, also Stagnation und neue Erfahrung von Arbeitslosigkeit und sozialen Schwierigkeiten. Seine Maxime vom „pragmatischen Handeln zu sittlichen Zwecken“ und sein Festhalten an der Abschreckung im Rahmen des Nato-Doppelbeschlusses waren auch in der SPD oft kritisch begleitet.

Heute wissen alle, Helmut Schmidt hatte weitgehend, sogar sehr weitgehend, recht. Er war ein bedeutender Kanzler.

Die Deutsche Einheit 1989/1990 war ein historisches Ereignis. Die Menschen im Osten haben die Mauer eingerissen, Nachbarländer brachen Lücken ins System, Kanzler Kohl realisierte die Einheit zügig, Gorbatschow verhinderte ein Blutbad, als er die Panzer in den Kasernen ließ. Alles wahr, wahr aber auch: Ohne die Vorarbeit der Brandts und Bahrs, Schmidts und Wehners, Scheels und Genschers wäre das alles nicht möglich geworden.

Als 1998 Rot-Grün mit Gerhard Schröder an der Spitze Regierungsverantwortung übernahm, gab es viel aufzuräumen und der Politik wieder Linie und Orientierung zu geben. Das führte auch zur Rentenreform, zur Reform am Arbeitsmarkt und 2003 zur Agenda 2010, auch zum Nein zum Irak-Krieg. Die Illusion, nach dem Ende des Kommunismus sei die soziale Marktwirtschaft der historische Sieger und alle Anstrengung löse sich in Wohlgefallen auf, - diese Mentalität der 90er Jahre erwies sich als gefährlich und die Antworten darauf waren nicht leicht. Nicht jedes Detail ist auf Anhieb gelungen, aber die weitaus meisten schon. Vor allem aber: Die Richtung stimmte: Der Mut zum Handeln in Verantwortung auch für morgen bleibt eine große Leistung dieser Regierungszeit. Manches



davon ist – nicht zufällig - in der Zeit der Großen Koalition fortgeführt worden.

Drei Männer kommen bisher nicht vor, die große Verdienste haben in ihrem Wirken für die Sozialdemokratie und für Deutschland - Herbert Wehner und Hans-Jochen Vogel und Johannes Rau. Der Spitzenplatz ganz vorne blieb ihnen verwehrt, aber sie haben in zahlreichen wichtigen Funktionen in großer Disziplin, klug und verantwortungsbewusst und loyal sozialdemokratische Politik mitgestaltet. Mehr von ihrer Art wäre gut.

Zwei Sozialdemokraten sollen abschließend zitiert sein:

Willy Brandt und - auch stellvertretend für die Millionen sozialdemokratischer Männer und Frauen, deren Namen nicht in den Geschichtsbüchern stehen, ohne die aber die Soziale Demokratie nicht möglich gewesen wäre, stellvertretend also Karl Richter, seit über 87

Jahren Sozialdemokrat, als er vor rund 10 Jahren 100jährig interviewt wurde; er starb einige Jahre später in Berlin.

Zitat Willy Brandt:

„Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, daß jede Zeit eigene Antworten will und man auf Ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“

Interview-Frage an den 100-jährigen Karl Richter:

„Lieber Karl, wenn Du Dein Leben bedenkst, Dein Wirken als Sozialdemokrat, Dein Wirken als Gewerkschafter, was ist die Quintessenz? Worauf kommt es an?“

Karl Richter: „Du musst das Leben nehmen wie es ist, - aber Du darfst es nicht so verlassen“.

Brennetrogrennen 2013 - Am 23. Juni geht es wieder los!

Auch dieses Jahr startet wieder das Brennetrogrennen des SPD-Gemeindeverbandes Holle. Am 23. Juni 2013 um 14:00 Uhr ertönt am Sportplatz an der Innerste in Grasdorf der Startschuss!

Mitmachen können alle, die bei Spaß und guter Laune mit einem „schwimmbaren Etwas“ und mit Muskelkraft über die Innerste schippern möchten.

Bei Kaffee und Kuchen, Leckereien vom Grill sowie kalten Getränken ist für das leibliche Wohl gesorgt.

In diesem Jahr ebenfalls mit dabei:

Johanne Modder

Mitglied des Niedersächsischen Landtages und Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion

Wie und wo kann man sich anmelden?

Bis zum 31. Mai 2013 per Post an SPD Holle (Maïke Gückel, Asternweg 1, 31188 Holle),

per Email an info@spd-holle

oder auf www.spd-holle.de



„Freiheit und Leben kann man uns nehmen...“ - Zum Ende der Weimarer Republik

2013 ist nicht nur das Jahr, in dem sich die Gründung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zum 150. Mal jährt und wir als Sozialdemokratie unseren 150. Geburtstag feiern können. Es ist auch das Jahr, in dem sich Anlässe jähren, die eng zusammenhängen nicht nur mit der Geschichte der Sozialdemokratie sondern mit dem Schicksal der deutschen Demokratie. Hierzu gehört das sogenannte „Ermächtigungsgesetz“, das vor 80 Jahren, am 23. März 1933, verabschiedet wurde und mit dem die erste deutsche Demokratie endgültig beerdigt wurde:

„Das sogenannte Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 setzte die Reichsverfassung von Weimar außer Kraft. Die Demokratie bot das paradoxe Schauspiel, sich mit Mehrheit selber abzuschaffen. Die einzigen, die sich im Parlament gegen diesen Prozess stemmten, waren die Sozialdemokraten.

Seit dem Zerschlagen der Koalitionsregierung unter SPD-Reichskanzler Hermann Müller am 27. März 1930 hatte sich keine Reichsregierung mehr auf eine parlamentarische Mehrheit stützen können. Die Reichskanzler Brüning, Papen und Schleicher waren allein abhängig vom Willen des deutschnational

„Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. (...) Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung.“ - Otto Wels am 23. März 1933

und monarchistisch denkenden Reichspräsidenten und ehemaligen Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg. In der Not der Weltwirtschaftskrise und unter dem Eindruck blutiger Straßenschlachten politischer Kampfverbände setzten immer mehr Deutsche ihre Hoffnung auf autoritäre Strukturen, auf den "starken Mann", der dem Chaos ein Ende setzte und für "Ordnung" sorgte.

Nach einer kaum durchschaubaren Kette von Hofintrigen ersetzte Hindenburg Ende Januar 1933 den Reichskanzler General Kurt von Schleicher durch Adolf Hitler. Das am 30. Januar 1933 gebildete Kabinett unter Hitler und Vizekanzler Franz von Papen umfasste Minister aus den Reihen von Hitlers NSDAP, der Deutschnationalen Volkspartei, dem Frontkämpferverband "Stahlhelm" sowie weitere konservative Minister ohne Parteibindung. Das Regime ging schnell ans

Zwei Wahlplakate der SPD zur Reichstagswahl 1932

© Archiv der sozialen Demokratie in der Friedrich-Ebert-Stiftung





„Otto Wels wurde am 15. September 1873 in Berlin geboren und starb am 16. September 1939 in Paris. Er arbeitete zunächst einige Jahre als Tapezierer. Nach dem Besuch der SPD-Parteischule engagierte sich Wels ab 1906 hauptamtlich als Politiker. 1912 wurde er sozialdemokratischer Abgeordneter des Reichstages und 1919 SPD-Parteivorsitzender. Im selben Jahr wurde Wels in die Nationalversammlung sowie in den neuen Reichstag gewählt. Wels beteiligt sich maßgeblich an den Bündnissen „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ und „Eiserne Front“ für den Erhalt der Republik und gegen den Nationalsozialismus. 1933 hielt er seine letzte Reichstagsrede, in der er für die Sozialdemokratie die Ablehnung des Nationalsozialismus begründete. Aus dem Exil (zunächst im Saarland und Prag, später in Paris) setzt er sich nach 1933 für den Aufbau der Exilorganisation der SPD ein.“

(in: SPD-Bundestagsfraktion, Otto Wels – Mut und Verpflichtung. 23. März 1933 – Nein zur Nazidiktatur, Berlin, Januar 2013, S. 58)

Nebenstehendes Foto: Otto Wels 1932, © Archiv der sozialen Demokratie in der Friedrich-Ebert-Stiftung

Werk, um seine Herrschaft zu sichern: Missliebige Zeitungen wurden verboten, die Schlägertruppe der SA wurde als "Hilfspolizei" eingesetzt, Gegner der neuen Machthaber bedroht, misshandelt und sogar ermordet. Der erst am 6. November 1932 gewählte Reichstag wurde aufgelöst, Neuwahlen für den 5. März 1933 angesetzt. Nach einer ersten Verordnung vom 4. Februar nutzte die Regierung den Brand des Reichstagsgebäudes am 27. Februar zum Erlass einer "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat", in der zahlreiche Verfassungsrechte wie die Freiheit der Person, freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Post- und Telefongeheimnis, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt oder außer Kraft gesetzt wurden. Für zahlreiche politisch relevante Vergehen wurde die Todesstrafe eingeführt. In der Reichstagswahl am 5. März konnte die SPD trotz des Terrors die Zahl ihrer Mandate behaupten, und die NSDAP verfehlte ihr Ziel einer absoluten Mehrheit. Die Kommunisten durften nach der Wahl ihre Parlamentssitze nicht mehr einnehmen, auch Abgeordnete anderer Parteien wurden verhaftet.

Am 23. März stellte die Regierung das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das "Ermächtigungsgesetz", zur Abstimmung. Nach diesem Gesetz durfte die Regierung ohne Zustimmung des Parlaments Gesetze erlassen, deren Inhalt von der Verfassung abweichen konnte. Damit sollte auf scheinbar legale Weise die verfassungsmäßige demokratische Ordnung endgültig ausgehebelt werden. Im mit Hakenkreuzfahnen behängten Sitzungssaal, zwischen uniformierten SA- und SS-Leuten sitzend, vor der Tür eine aufgepeitschte Menge, nahmen 94 von 120 sozialdemokratischen Abgeordneten an der Sitzung teil. Andere waren bereits verhaftet, vor drohender Verhaftung untergetaucht oder ins Exil gegangen. Die teilweise bitteren parteiinternen Auseinandersetzungen über den richtigen Weg zur Bekämpfung des Nazismus hinderten die SPD-Fraktion nicht an einer geschlossenen Haltung. Ihre Abgeordneten waren die einzigen, die in der namentlichen Abstimmung mit "Nein" votierten. Sie wussten, dass sie damit das Gesetz nicht mehr verhindern konnten, aber sie wollten ein Zeichen des Widerstands setzen.“

(Archiv der sozialen Demokratie in der FES, Das historische Stichwort, http://www.fes.de/archiv/adsd_neu/inhalt/stichwort/wels.htm)

Der damalige SPD-Fraktions- und Parteivorsitzende Otto Wels hielt für die SPD-Reichstagsfraktion die Rede, mit der er die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes begründete. „Die Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden war die letzte freie, offene, demokratisch engagierte Rede, die für 12 Jahre in Deutschland gehalten werden durfte“ – so Peter Struck in einer Würdigung zum 75. Jahrestag.

„Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“ – so einer der zentralen Sätze aus der Rede von Otto Wels. Und sie endete mit einem Bekenntnis zu

den Werten der Sozialdemokratie: „Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. (...)Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. Sie selbst haben sich ja zum Sozialismus bekannt. Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen. Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung.“

Einer von 94: Heinrich Richter - Sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für den örtlichen Wahlkreis

Zu den 94 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die gegen das „Ermächtigungsgesetz“ stimmten, gehörte auch **Heinrich Richter**, der dem Reichstag von 1928 bis 1930 als Abgeordneter für den Wahlkreis 16 (Südhanover-Braunschweig) und noch einmal von März bis Juni 1933 ebenfalls für den Wahlkreis 16 angehörte.

Heinrich Richter wurde am 3. November 1887 in Helmersen (Nettlingen/Söhlde) geboren. „Der Sohn eines Fabrikarbeiters erlernte das Buchdruckerhandwerk in Bockenem und arbeitete in mehreren Städten Deutschlands. 1908 trat er der SPD bei. Aus seiner Ehe gingen zwei Kinder hervor. Von 1915 bis 1918 war er Soldat. Von 1924 bis 1929 und noch einmal 1933 gehörte er der Stadtverordnetenversammlung Hildesheim an. In Hildesheim arbeitete er bis 1930 als Buchdrucker, war dann bis 1933 Redakteur des ‚Hildesheimer Volksblatts‘. (...)1933 wurde er entlassen und polizeilich überwacht. Ab Februar 1934 arbeitete er als Schriftsetzer beim Elbe-Weser-Verlag in Bremerhaven, ab November 1939 in den Wetzell-Gummiwerken, ab Januar 1941 als Maschinensetzer und Korrektor in einer Buchdruckerei in Bockenem. Am 22.8.1944 wurde er im Rahmen der ‚Aktion Gewitter‘ verhaftet und vom Gestapo-Gefängnis Ahlem in Hannover am 25. August in das KZ Neuengamme überführt. Am 6.1.1945 wurde er mit polizeilicher Meldeauflage entlassen. Von Januar bis März 1945 war er Angestellter der von Hamburg nach Hildesheim ver-

legten Druckerei Josef Holl. Von Oktober 1945 bis Dezember 1952 bekleidete er das Amt des Stadtdirektors in Bockenem, gehörte von 1956 bis 1961 dem Kreistag des Kreises Hildesheim-Marienburg an...“ (Herlemann, Beatrix, Biographisches Lexikon niedersächsischer Parlamentarier 1919-1945, Hannover 2004, S. 295). Heinrich Richter starb am 26. März 1961.



Richter (Hildesheim)

Büro des Reichstags (Hg.): Reichstags-Handbuch 1933, VIII. Wahlperiode, Verlag der Reichsdruckerei, Berlin 1933

Weitere Infos:

„Vom Setzkasten an den Schreibtisch. Heinrich Richter: Buchdrucker, Redakteur, M.d.R., KZ-Insasse, Stadtdirektor“, in: Raffert, Joachim, M.d.R. - Im Reichstag für und aus Hildesheim 1867-1933, Hildesheim, 1999, S. 285

Aus der Geschichte unseres Ortsvereins - die 80er Jahre

ORTSRATSWAHL
05. Oktober 1986



22 JAHRE
erfolgreiche **RATSARBEIT**
der **SPD-Mehrheit**
in Grasdorf
Deshalb weiter mit den Kandidaten der SPD

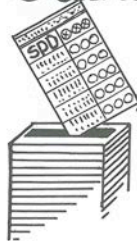
Grasdorfer Nachrichten
Berichte und Informationen der **SPD Grasdorf**



Nach
erfolgreicher
Arbeit
sichtbarer Fortschritt

Ortsratswahl 27.9.1981

Keine Experimente
Daher weiter mit
Wilhelm Buhman
und den Kandidaten der SPD



Verantwortlich: Vorstand der SPD Grasdorf

Einladung
zum
Niedersachsenabend
der **SPD-Grasdorf**
am 16. Nov. 1985 um 20.00 Uhr
im Gasthaus Kutscherstuben.
Bei einem zünftigen Braunkohl-
essen haben Sie Gelegenheit
zum Klönen und können kleinen
Geschichten zuhören, die von
alten Grasdorfern erzählt
werden.
Wir freuen uns auf Ihr Kommen
und wünschen Ihnen viel
Vergnügen! Ihre SPD-Grasdorf.

Anmeldung
Ich/Wir nehmen mit Personen teil
Unkostenbeitrag 10.00 DM bezahlt.
Anmeldung bitte abgeben bei
Horst-Günther Bode
Am Thieberg 11
Tel. 8417
Karl Schaper
Speckicht 70
Tel. 478

Fahren Sie mit zur
Bundesgartenschau in Berlin
Wann? Samstag 10.8.1985
Abfahrt Grasdorf: 6.00 Uhr
Abfahrt Berlin: 18.00 Uhr
Rückkehr: ca. 22.00 Uhr
Kosten: 35.00 DM pro Person
Im Preis enthalten sind Fahrtkosten, Eintritt und sachkundige Führung von ca. 2 Stunden!
Gastronomie ist auf dem Gelände in großer Zahl u
für jeden Geldbeutel vorhanden.
Wichtig! Gültigen Reisepaß nicht vergessen!
Auf der Rückfahrt haben Sie die Möglichkeit zum
Einkauf im Inter-Shop.
Wir freuen uns auf einen schönen Tag mit Ihnen
der Bundesgartenschau.
Ihre SPD-Abteilung Grasdorf
Horst-Günther Bode

Anmeldung
Name: Anzahl der Personen:
Preis: 35,00 DM bezahlt/nicht bezahlt
Bitte möglichst schnell abgeben bei
Karl Schaper
Speckicht 70
Tel. 678
Horst-Günther Bode
Am Thieberg 11
Tel. 8417

FASCHINGSBALL
am
Samstag, 16. Febr. 1985
in den
Kutscherstuben
20.00 Uhr
Feiern Sie mit uns!
*Jeder ist zu dem närrischen
Treiben eingeladen!*
EINTRITT: 5.- DM
*Kartenverkauf ab sofort bei H.G. Bode
und Karl Schaper*
Organisationskomitee **SPD Grasdorf**
KEIN KOSTÜMWANG!

Impressum

SPD-Ortsverein Grasdorf-Luttrum
Sven Wieduwilt
Wiethagen 3
Luttrum
Tel.: 963117
swieduwilt@spd-holle.de

SPD